


	<p align="center">SuedOstLink - BBPIG Vorhaben Nr. 5 und V5a</p> <p align="center">Abschnitt D2 Nittenau bis Pfatter</p>	<p align="center">SOL-iG</p>   <p align="center"><small>Part of Sweco GIFTGE CONSULT</small></p>
	<p align="center">Unterlagen gemäß § 21 NABEG</p>	<p>Das Vorhaben Nr. 5 im SuedOstLink ist von der Europäischen Union gefördert; sie haftet nicht für die Inhalte.</p>  <p><small>Kofinanziert von der Fazilität „Connecting Europe“ der Europäischen Union</small></p>
<p align="center">Teil K7 Ausnahmegenehmigungen vom Anbauverbot und Anbaubeschränkungen</p>		

00	29.06.2023	Unterlage gemäß § 21 NABEG	AGU A. Lindner	AGU M. Jurek	TenneT M. Schafhirt
Rev.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Festgestellt nach §24 NABEG
Bonn, den

INHALTSVERZEICHNIS

1	RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER AUSNAHMEGENEHMIGUNGEN VOM ANBAUVERBOT UND ANBAUBESCHRÄNKUNGEN	5
1.1	Veranlassung	5
1.2	Bundesfernstraßen (Autobahnen und Bundesstraßen)	5
1.3	Staats-, Kreis- und Gemeindeverbindungsstraßen	7
2	AUFLISTUNG DER ANLAGEN FÜR AUSNAHMEGENEHMIGUNGEN VOM ANBAUVERBOT	9
3	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	16

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Ausnahmegenehmigungen vom Anbauverbot von der Anbaubeschränkung gem. FStrG bzw. BayStrWG	9
------------	--	---

In diesem Dokument wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.

1 Rechtliche Grundlagen der Ausnahmegenehmigungen vom Anbauverbot und Anbaubeschränkungen

1.1 Veranlassung

Der SuedOstLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes. Es besteht aus den Vorhaben 5 sowie dem Vorhaben Nr. 5a gemäß Anlage zu § 1 Abs. 1 Satz 1 des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPIG). Beide Vorhaben sind Leitungen zur Höchstspannungs-Gleichstromübertragung (HGÜ) und sind aufgrund ihrer Kennzeichnung mit "E" im Bundesbedarfsplan gemäß § 3 Abs. 1 i.V.m. § 2 Abs. 5 BBPIG vorrangig als Erdkabel auszuführen.

Das Vorhaben Nr. 5 verläuft von Wolmirstedt bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt bis Isar in Bayern. Das Vorhaben Nr. 5a ist eine Verbindung von Klein Rogahn in Mecklenburg-Vorpommern über den Landkreis Börde bis Isar in Bayern. Vom Landkreis Börde bis Isar erfolgt in räumlicher Nähe eine gemeinsame Verlegung beider Vorhaben.

Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) gestellt wurden. Die Vorhabenträger haben gemäß § 26 Satz 2 NABEG eine einheitliche Entscheidung in den Planfeststellungsverfahren gemäß § 24 NABEG für die Abschnitte der beiden genannten Vorhaben zwischen dem Landkreis Börde und Isar beantragt. Die vorliegenden Unterlagen umfassen daher die Vorhaben Nr. 5 sowie Nr. 5a. Für den nördlichen Bereich des Vorhabens Nr. 5a erfolgt ein eigenes Bundesfachplanungs- und Planfeststellungsverfahren. Der südliche Bereich des SuedOstLinks Landkreis Börde bis Isar umfasst neun Planfeststellungsabschnitte.

Das Vorhaben Nr. 5 beinhaltet die Herstellung einer Kabelanlage mit einem Kabelsystem, bestehend aus zwei Erdkabeln mit einer Leistung von 2 Gigawatt (GW) und Nebenbauwerken sowie einer zusätzlichen für den Betrieb notwendigen Anlage, der Konverterstation. Nebenbauwerke sind die Kabelabschnittsstationen (KAS), Lichtwellenleiterzwischenstationen (LWL-ZS) sowie Oberflurschränke. Die Verlegung der Gleichspannungskabel erfolgt in Kabelschutzrohren (KSR).

Im Rahmen des Vorhabens Nr. 5a erfolgt zur Erweiterung der Übertragungsleistung um weitere 2 GW (insgesamt 4 GW) die Verlegung einer zusätzlichen Kabelanlage mit einem Kabelsystem. Sie besteht ebenfalls aus zwei Erdkabeln, verlegt in Kabelschutzrohren, sowie der erforderlichen Konverterstation und den bereits beschriebenen Nebenbauwerken. Im Bereich vom Landkreis Börde bis Isar, in dem in räumlicher Nähe verlegt wird, erfolgt ein gemeinsamer Tiefbau und zeitnaher Kabelzug.

Für weitergehende Informationen zum SuedOstLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 1 ff im Teil A1 Erläuterungsbericht der Unterlagen gemäß § 21 NABEG verwiesen.

1.2 Bundesfernstraßen (Autobahnen und Bundesstraßen)

Nach § 9 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) gelten für die Errichtung von Hochbauten jeder Art und baulichen Anlagen an Bundesfernstraßen Anbauverbote und Anbaubeschränkungen. Eine solche bauliche Anlage kann auch die Erdkabelverlegung im Rahmen des SOL sein.

Die einzuhaltenden Abstände bei der Errichtung, erheblichen Änderung oder anderen Nutzung von baulichen Anlagen an Bundesfernstraßen sind in § 9 Abs. 1 und 2 FStrG geregelt. Unterschieden wird hierbei zwischen Anbauverboten und Anbaubeschränkungen.

Nach § 9 Abs. 1 Satz 1 FStrG (sog. Anbauverbote) dürfen längs der Bundesfernstraßen nicht errichtet werden:

1. Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 40 Meter bei Bundesautobahnen und bis zu 20 Meter bei Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten, jeweils gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn,
2. bauliche Anlagen, die außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten über Zufahrten oder Zugänge an Bundesstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen.

Für § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 FernStrG gilt gem. § 9 Abs.1 Satz 2 entsprechend für Aufschüttungen oder Abgrabungen größeren Umfangs und gemäß § 9 Abs. 1 Satz 3 FStrG nicht für technische Einrichtungen, die für das Erbringen von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten erforderlich sind. Dabei bleiben weitergehende bundes- oder landesrechtliche Vorschriften gem. §9 Abs. 1 Satz 4 FStrG unberührt. Zu den baulichen Anlagen im Rahmen des Vorhabens SOL zählen unter anderem Kabelabschnittsstationen, Kabelübergangsstationen, Linkboxen oder Konverterstationen, soweit sie über Zufahrten oder Zugänge an Bundesstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen. Im Falle des Vorliegens eines Anbauverbots gemäß § 9 Abs. 1 FStrG können im Einzelfall gemäß § 9 Abs. 8 Satz 1 FStrG Ausnahmen durch die oberste Landesstraßenbaubehörde oder das Fernstraßen-Bundesamt an den Bundesfernstraßen, soweit dem Bund die Verwaltung einer Bundesfernstraße zusteht, zugelassen werden, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichungen erfordern. Ausnahmen können nach § 9 Abs. 8 Satz 2 FStrG mit Bedingungen und Auflagen versehen werden. Die Voraussetzungen sind nachfolgend aufgeführt:

1. Nicht beabsichtigte Härte

Die in § 9 Abs. 8 Satz 1 FStrG normierte Härte ist immer dann beabsichtigt, wenn die Einhaltung des Anbauverbots nach seinem allgemeinen Maßstab notwendig ist, um den vom Gesetz vorausgesetzten baulichen Zustand im Schutzbereich zu erhalten (vgl. BVerwG 48, 123, 130).

2. Öffentliche Belange

Unter öffentlichen Belangen im Sinne des § 9 Abs. 8 S. 1 FStrG fallen die Interessen der Allgemeinheit in Bezug auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, besonders wegen der Sichtverhältnisse, Verkehrsgefährdung, Ausbauabsichten und Straßenbaugestaltung. Nur aus solchen Gründen, die mit den genannten Schutzgütern im inneren Zusammenhang stehen, lässt sich die Vereinbarkeit mit öffentlichen Belangen verneinen (Maas, in: Kodal, Handbuch Straßenrecht, 8. Auflage 2022, Kap. 22 Rn. 68 m.W.N.).

oder

3. Erforderlichkeit aus Gründen des Allgemeinwohls

Gemäß § 1 Satz 3 NABEG ist die Realisierung der Stromleitungen, die in den Geltungsbereich dieses Gesetzes fallen, aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich. Der Ausbau des Stromnetzes zur Ermöglichung der Nutzung eines erhöhten Anteils von Strom aus Quellen erneuerbarer Energien zum Wohl der Allgemeinheit und auch durch das vom Bund verabschiedete Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) in dessen Geltungsbereich der Südostlink fällt, können beim SOL-Vorhaben Ausnahmen von den Anbauverboten rechtfertigen. Die Realisierung dieses Vorhabens ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit somit auch erforderlich (§ 1 Abs. 1 Satz 2 BBPIG). Die Gründe des Wohls der Allgemeinheit rechtfertigen mithin die Abweichungen.

Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 FStrG (sog. Anbaubeschränkung) bedürfen Baugenehmigungen oder nach anderen Vorschriften notwendige Genehmigungen der Zustimmung der obersten Landesstraßenbaubehörde, an Bundesfernstraßen, soweit dem Bund die Verwaltung einer Bundesfernstraße zusteht, der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes, wenn

1. bauliche Anlagen längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 Meter und längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 Meter, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen,
2. bauliche Anlagen auf Grundstücken, die außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten über Zufahrten oder Zugänge an Bundesstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen.

Nach § 9 Abs. 2 Satz 2 FStrG gilt die Zustimmungspflicht nach § 9 Abs. 2 Satz 1 FStrG entsprechend für bauliche Anlagen, die nach Landesrecht anzeigepflichtig sind. Weitergehende bundes- oder landesrechtliche Vorschriften bleiben nach § 9 Abs. 2 Satz 3 FStrG unberührt.

§ 9 Abs. 3 FStrG regelt, dass die Zustimmung nur versagt oder mit Bedingungen und Auflagen erteilt werden darf, soweit dies wegen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, der Ausbauabsichten oder der Straßenbaugestaltung nötig ist.

Im Rahmen des SOL-Vorhabens wird die Genehmigung im Rahmen der Planfeststellung konzentriert und die ggf. erforderlichen Zustimmungen sind im Rahmen der Planfeststellungsverfahren einzuholen.

1.3 Staats-, Kreis- und Gemeindeverbindungsstraßen

Wie bei den Bundesfernstraßen sind für das SOL-Vorhaben Anbauverbote und Anbaubeschränkungen auch an Staats-, Kreis- und Gemeindeverbindungsstraßen zu berücksichtigen. Gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 1 BayStrWG (sog. Anbauverbot) dürfen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bauliche Anlagen

1. an Staatsstraßen in einer Entfernung bis zu 20 m,
2. an Kreisstraßen in einer Entfernung bis zu 15 m,

jeweils gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahndecke, nicht errichtet werden. Nach Satz 2 dieser Vorschrift gilt dieses Verbot nicht für Aufschüttungen und Abgrabungen geringeren Umfangs. Sind besondere Fahrbahnen, wie Radwege, getrennt von der Hauptfahrbahn angelegt, dann werden die Entfernungen vom Rand der Decke der Hauptfahrbahn ab gerechnet (Art. 23 Abs. 1 Satz 3 BayStrWG).

Ausnahmen von den Anbauverboten nach Art. 23 Abs. 1 BayStrWG können zugelassen werden, wenn dies die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, besonders wegen der Sichtverhältnisse, Verkehrsgefährdung, Bebauungsabsichten und Straßenbaugestaltung gestattet (Art. 23 Abs. 2 Satz 1 BayStrWG).

Nach Art. 23 Abs. 4 Satz 1 BayStrWG können die Gemeinden durch Satzung vorschreiben, dass bestimmte Gemeindeverbindungsstraßen vom Anbau nach Art. 23 Abs. 1 BayStrWG freizuhalten sind, soweit dies für die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, besonders im Hinblick auf Sichtverhältnisse, Verkehrsgefährdung, Bebauungsabsichten und Straßenbaugestaltung erforderlich ist. Das Anbauverbot darf sich allerdings nur auf eine Entfernung bis zu 10 m, gemessen vom Rand der Fahrbahndecke, erstrecken (Art. 23 Abs. 4 Satz 2 BayStrWG).

Unbeschadet der Vorschrift des Art. 23 BayStrWG dürfen nach Art. 24 Abs. 1 Satz 1 BayStrWG (sog. Anbaubeschränkung) baurechtliche oder nach anderen Vorschriften erforderliche Genehmigungen nur im Einvernehmen mit der Straßenbaubehörde erteilt werden, wenn bauliche Anlagen längs

1. von Staatsstraßen in einer Entfernung bis zu 40 m und
2. von Kreisstraßen in einer Entfernung bis zu 30 m,

jeweils gemessen vom Rand der Fahrbahndecke, errichtet, erheblich geändert oder so anders genutzt werden sollen, dass Auswirkungen auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu erwarten sind. Dabei darf das Einvernehmen nur verweigert oder von Auflagen abhängig gemacht werden, soweit dies für die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, besonders wegen der Sichtverhältnisse, Verkehrsgefährdung, Bebauungsabsichten und Straßenbaugestaltung erforderlich ist (Art. 24 Abs. 1 Satz 2 BayStrWG).

Gemäß Art. 24 Abs. 2 BayStrWG ist das Einvernehmen auch dann erforderlich, wenn infolge der Errichtung, Änderung oder anderen Nutzung von baulichen Anlagen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten

1. Grundstücke eine Zufahrt (Art. 19 Abs. 1 BayStrWG) zu einer Staatsstraße oder Kreisstraße erhalten sollen oder
2. die Änderung einer bestehenden Zufahrt zu einer Staats- oder Kreisstraße erforderlich würde.

Ist in den Fällen des Art. 24 Abs. 1 und Abs. 2 BayStrWG eine baurechtliche oder anderweitige Genehmigung nicht erforderlich, so entscheidet die Straßenbaubehörde (Art. 24 Abs. 3 Satz 1 BayStrWG). Art. 23 Abs. 2 Satz 3 BayStrWG sowie Art. 23 Abs. 3 BayStrWG gelten entsprechend (Art. 24 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 BayStrWG).

Zusätzlich ist gemäß Art. 26 Satz 1 BayStrWG bei der Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen zu beachten, dass diese nur zulässig sind, wenn die Sichtverhältnisse bei höhengleichen Kreuzungen von Straßen mit dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen dadurch nicht beeinträchtigt werden. Das gleiche gilt für höhengleiche Kreuzungen und Einmündungen von Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage (Art. 26 Satz 2 BayStrWG).

Die erforderlichen Genehmigungen bzw. Ausnahmegenehmigungen für den Bau der Erdkabelverlegung werden auch hier im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens konzentriert und mit der zuständigen Straßenbaubehörde abgestimmt.

2 Auflistung der Anlagen für Ausnahmegenehmigungen vom Anbauverbot

Die Ausnahmegenehmigung vom Anbauverbot und Anbaubeschränkung gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 FStrG bzw. § 9 Abs. 2 Satz 1 FStrG und Art. 23 Abs. 1 Satz 1 BayStrWG bzw. Art. 23 BayStrWG Art. 24 Abs. 1 Satz 1 BayStrWG wird für die Errichtung folgender baulicher Anlagen im Abschnitt D2 beantragt. Hierbei soll in Tabelle 1, unter Hinweis auf die jeweils einschlägige Norm, die Notwendigkeit einer Ausnahmegenehmigung vom Anbauverbot tabellarisch dargestellt werden. Die Entfernung zum Fahrbahnrand der Kreis-, Staats- und Bundesstraßen ist aufgelistet. Die dazugehörigen Zufahrten für den Straßenanschluss werden ebenfalls durch die Tabelle 1 mit beantragt. Die baulichen Anlagen sowie die Entfernungen zum Fahrbahnrand der Kreis-, Staats- und Bundesstraßen können den Lageplänen in Unterlage C2.3.2 entnommen werden.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass das Vorhaben SOL keinen Einfluss auf den baulichen Zustand des Schutzbereichs von Kreis-, Staats- und Bundesstraßen hat.

Tabelle 1: Ausnahmegenehmigungen vom Anbauverbot von der Anbaubeschränkung gem. FStrG bzw. BayStrWG

Trassen -KM	Name bauliche Anlage	Straße	Gemeinde	Gemarkung	Flur- stück	Entfernung *)	Zufahrt („Straßen- anschluss“)	Beantragung vom Anbauverbot gem.	Beantragung v.d. Anbaube- schränkung gem.
6+190	SOL	St2650	Bernhardswald	Erlbach	336	Ca. 5 m	Zufahrt St2650	BayStrWG	
6+200	SOL	St2650	Bernhardswald	Erlbach	232	Ca. 5 m	Zufahrt St2650	BayStrWG	
6+205	SOL	St2650	Bernhardswald	Erlbach	354/2	Ca. 0 m	Zufahrt St2650	BayStrWG	
6+430	SOL	St2650	Bernhardswald	Erlbach	323	Ca. 5 m	Zufahrt St2650	BayStrWG	
6+435	SOL	St2650	Bernhardswald	Erlbach	325	Ca. 5 m	Zufahrt St2650	BayStrWG	
6+450	SOL	St2650	Bernhardswald	Erlbach	370	Ca. 0 m	Zufahrt St2650	BayStrWG	
6+460	SOL	St2650	Bernhardswald	Erlbach	370	Ca. 0 m	Zufahrt St2650	BayStrWG	
6+465	SOL	St2650	Bernhardswald	Erlbach	399	Ca. 5 m	Zufahrt St2650	BayStrWG	
8+070	SOL	St2650	Altenthann	Göppenbach	211/2	Ca. 5 m	Zufahrt St2650	BayStrWG	
8+070	SOL	St2650	Altenthann	Göppenbach	215	Ca. 5 m	Zufahrt St2650	BayStrWG	
8+080	SOL	St2650	Altenthann	Göppenbach	174	Ca. 0 m	Zufahrt St2650	BayStrWG	
13+150	SOL	St2145	Brennberg	Bruckbach	86	Ca. 0 m		BayStrWG	
13+150	SOL	St2145	Brennberg	Bruckbach	87	Ca. 5 m		BayStrWG	
13+150	SOL	St2145	Brennberg	Bruckbach	365	Ca. 0 m		BayStrWG	

Trassen -KM	Name bauliche Anlage	Straße	Gemeinde	Gemarkung	Flur- stück	Entfernung *)	Zufahrt („Straßen- anschluss“)	Beantragung vom Anbauverbot gem.	Beantragung v.d. Anbaube- schränkung gem.
13+475	SOL	St2145	Brennberg	Bruckbach	86	Ca. 10 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	
13+480	SOL	St2145	Brennberg	Bruckbach	138	Ca. 21 m	Zufahrt Gemeindestraße		BayStrWG
13+490	SOL	St2145	Brennberg	Bruckbach	139	Ca. 5 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	
13+510	SOL	St2145	Brennberg	Bruckbach	365	Ca. 0 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	
13+510	SOL	St2145	Brennberg	Bruckbach	96	Ca. 0 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	
13+515	SOL	St2145	Brennberg	Bruckbach	97	Ca. 8 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	
13+515	SOL	St2145	Brennberg	Bruckbach	105	Ca. 8 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	
15+505	SOL	R24	Brennberg	Bruckbach	510	Ca. 3 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	
15+510	SOL	R24	Brennberg	Bruckbach	479	Ca. 1 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	
15+550	SOL	R24	Brennberg	Bruckbach	666/1	Ca. 0 m		BayStrWG	
15+550	SOL	R24	Brennberg	Bruckbach	666	Ca. 4 m		BayStrWG	
16+050	SOL	R24	Brennberg	Bruckbach	683	Ca. 5 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	

Trassen -KM	Name bauliche Anlage	Straße	Gemeinde	Gemarkung	Flur- stück	Entfernung *)	Zufahrt („Straßen- anschluss“)	Beantragung vom Anbauverbot gem.	Beantragung v.d. Anbaube- schränkung gem.
16+055	SOL	R24	Brennberg	Bruckbach	682	Ca. 1 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	
16+055	SOL	R24	Brennberg	Bruckbach	666/1	Ca. 1 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	
16+890	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	138	Ca. 15 m		BayStrWG	
16+950	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	139	Ca. 20 m			BayStrWG
16+980	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	140	Ca. 25 m			BayStrWG
17+000	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	143	Ca. 25 m			BayStrWG
17+520	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	200	Ca. 5 m		BayStrWG	
17+520	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	201	Ca. 0 m		BayStrWG	
17+520	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	213	Ca. 0 m		BayStrWG	
17+540	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	213	Ca. 0 m		BayStrWG	
17+545	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	215	Ca. 0 m		BayStrWG	
17+560	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	214	Ca. 12 m		BayStrWG	
18+280	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	209	Ca. 5 m		BayStrWG	
18+280	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	213	Ca. 0 m		BayStrWG	
18+360	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	211	Ca. 5 m		BayStrWG	
18+360	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	213	Ca. 0 m		BayStrWG	
18+370	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	209	Ca. 25 m			BayStrWG
18+390	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	210	Ca. 25 m			BayStrWG
18+440	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	211	Ca. 30 m			BayStrWG
18+530	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	212	Ca. 30 m			BayStrWG
18+590	SOL	R42	Brennberg	Frauenzell	210	Ca. 30 m			BayStrWG
18+700	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	212	Ca. 30 m			BayStrWG

Trassen -KM	Name bauliche Anlage	Straße	Gemeinde	Gemarkung	Flur- stück	Entfernung *)	Zufahrt („Straßen- anschluss“)	Beantragung vom Anbauverbot gem.	Beantragung v.d. Anbaube- schränkung gem.
18+810	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	160/4	Ca. 30 m			BayStrWG
18+815	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	208	Ca. 30 m			BayStrWG
18+830	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	207	Ca. 30 m			BayStrWG
18+870	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	206	Ca. 30 m			BayStrWG
18+895	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	205	Ca. 30 m			BayStrWG
18+930	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	202	Ca. 30 m			BayStrWG
18+980	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	201	Ca. 30 m			BayStrWG
19+040	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	198	Ca. 30 m			BayStrWG
19+075	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	197	Ca. 30 m			BayStrWG
19+110	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	196	Ca. 30 m			BayStrWG
19+160	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	193	Ca. 30 m			BayStrWG
19+200	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	192	Ca. 30 m			BayStrWG
19+225	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	191	Ca. 30 m			BayStrWG

Trassen -KM	Name bauliche Anlage	Straße	Gemeinde	Gemarkung	Flur- stück	Entfernung *)	Zufahrt („Straßen- anschluss“)	Beantragung vom Anbauverbot gem.	Beantragung v.d. Anbaube- schränkung gem.
19+255	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	188	Ca. 30 m			BayStrWG
19+290	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	187	Ca. 30 m			BayStrWG
19+300	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	187/1	Ca. 30 m			BayStrWG
19+305	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	186/1	Ca. 30 m			BayStrWG
19+320	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	186	Ca. 30 m			BayStrWG
19+335	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	163/16	Ca. 30 m			BayStrWG
19+365	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	161	Ca. 30 m			BayStrWG
19+430	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	162	Ca. 30 m			BayStrWG
19+500	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	181	Ca. 30 m			BayStrWG
19+555	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	180	Ca. 30 m			BayStrWG
19+575	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	176	Ca. 30 m			BayStrWG
19+720	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	175	Ca. 30 m			BayStrWG
19+760	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	169	Ca. 30 m			BayStrWG

Trassen -KM	Name bauliche Anlage	Straße	Gemeinde	Gemarkung	Flur- stück	Entfernung *)	Zufahrt („Straßen- anschluss“)	Beantragung vom Anbauverbot gem.	Beantragung v.d. Anbaube- schränkung gem.
19+790	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	168	Ca. 30 m			BayStrWG
19+820	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	167	Ca. 30 m			BayStrWG
19+860	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	166	Ca. 30 m			BayStrWG
19+880	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	165	Ca. 30 m			BayStrWG
19+900	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	170/1	Ca. 30 m			BayStrWG
19+940	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	163/26	Ca. 30 m			BayStrWG
19+960	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	170/3	Ca. 30 m			BayStrWG
19+980	SOL	R42	Wiesent	Forstmühler Forst	163/3	Ca. 0 m		BayStrWG	
20+200	SOL	R42	Wiesent	Dietersweg	449	Ca. 30 m			BayStrWG
20+600	SOL	R42	Wiesent	Dietersweg	442	Ca. 30 m			BayStrWG
21+250	SOL	R42	Wiesent	Dietersweg	449/17	Ca. 30 m			BayStrWG
21+295	SOL	R42	Wiesent	Dietersweg	449/15	Ca. 25 m			BayStrWG
22+680	SOL	R42	Wiesent	Wiesent	408	Ca. 2 m	Zufahrt Gemeindestraße	BayStrWG	
22+690	SOL	R42	Wiesent	Wiesent	407/1	Ca. 0 m		BayStrWG	
22+930	SOL	St2125	Wiesent	Wiesent	388/1	Ca. 5 m		BayStrWG	
22+935	SOL	St2125	Wiesent	Wiesent	388/28	Ca. 0 m		BayStrWG	
22+940	SOL	St2125	Wiesent	Wiesent	388/28	Ca. 0 m		BayStrWG	

Trassen -KM	Name bauliche Anlage	Straße	Gemeinde	Gemarkung	Flur- stück	Entfernung *)	Zufahrt („Straßen- anschluss“)	Beantragung vom Anbauverbot gem.	Beantragung v.d. Anbaube- schränkung gem.
22+945	SOL	St2125	Wiesent	Wiesent	340	Ca. 6 m		BayStrWG	
23+950	SOL	BA3	Wörth a. d. Donau	Kiefenholz	123	Ca. 45 m			FStrG
24+950	SOL	St2146	Wörth a. d. Donau	Kiefenholz	408	Ca. 35 m			BayStrWG
25+200	SOL	St2146	Wörth a. d. Donau	Kiefenholz	407	Ca. 30 m			BayStrWG
25+310	SOL	St2146	Wörth a. d. Donau	Kiefenholz	406	Ca. 30 m			BayStrWG
25+380	SOL	St2146	Wörth a. d. Donau	Kiefenholz	405	Ca. 35 m			BayStrWG
25+795	SOL	St2146	Wörth a. d. Donau	Kiefenholz	132	Ca. 0 m		BayStrWG	
25+800	SOL	St2146	Wörth a. d. Donau	Kiefenholz	402	Ca. 7 m		BayStrWG	
25+810	SOL	St2146	Wörth a. d. Donau	Kiefenholz	401	Ca. 0 m		BayStrWG	
27+470	SOL	St2146	Pfatter	Geisling	532	Ca. 0 m		BayStrWG	
27+470	SOL	St2146	Pfatter	Pfatter	4051/6	Ca. 0 m		BayStrWG	
28+465	SOL	B8	Pfatter	Geisling	764	Ca. 0 m		FStrG	

*) Minimalabstand in Meter je betroffenem Flurstück

3 Abkürzungsverzeichnis

Dies ist ein projektbezogenes Gesamtabkürzungsverzeichnis.

Allgemein bekannte Abkürzungen, außer Einheiten, wurden entfernt.

µT	Microtesla
Abb.	Abbildung
ABB	Archäologische Baubegleitung
AB	Archäologische Baubegleitung
Abs.	Absatz
ABSP	Arten- und Biotopschutzprogramm
AC	Bezeichnung für Wechselstrom (engl. alternating current)
AD	Außendurchmesser
ADEBAR	Atlas deutscher Brutvogelarten
AELF	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
AFB	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
AfK	Arbeitsgemeinschaft DVGW/VDE für Korrosionsfragen
ALFF	Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten
ALK	Automatisierte Liegenschaftskarte
ALKIS	Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem
AN	Auftragnehmer
ANC/ANFO	Ammoniumnitrat Sprengstoff mit Kohlenwasserstoffträgern
AIIMBI	Allgemeines Ministerialblatt
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
Art.	Artikel
ASK	Artenschutzkartierung
AT	Arbeitstage
ATKIS	Amtliches Topographisch-Kartografisches Informationssystem
AvU	Archäologische Voruntersuchung
AVV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift
B	Bundesstraße
BAB	Bundesautobahn
Banz AT	Amtlicher Teil des Bundesanzeigers
BayernNetzNatur	Landesweiter Biotopverbund in Bayern
BBB	Bodenkundliche Baubegleitung
BD	Bodendenkmal

BDEW	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.
BE	Baustelleneinrichtung
BE-Fläche	Baustelleneinrichtungsfläche
BEW	Bewirtschafter
BF4	Schwertransportbegleitfahrzeug der vierten Generation
BfG	Bundesanstalt für Gewässerkunde
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BFP	Bundesfachplanung
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGHU	Baugrundhauptuntersuchung
BGKK 100	Bodengeologische Konzeptkarte, Maßstab 1 : 100.000
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BGVU	Baugrundvoruntersuchung
BIB	Botanischer Informationsknoten Bayern
BIM	Building Information Modeling
BlmA	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BK	Rotationskernbohrung
BK 50	Bodenkarte, Maßstab 1 : 50.000
BKG	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
BLfD	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BNetzA	Bundesnetzagentur
BNT	Biotop- und Nutzungstypen
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BTLNK	Biotoptypen- und Landnutzungskartierung
Buchst.	Buchstabe
BÜK	Bodenübersichtskarte
BÜK 200	Bodenübersichtskarte, Maßstab 1 : 200.000
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes
BVVG	Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH
BWP	Bewirtschaftungsplan
BWZ	Bewirtschaftungszyklus
CAD	Computer-Aided Design
CEF-Maßnahme	vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (engl. continuous ecological functionality-measures)
CEPS	CEPS, a.s. / Tschechischer Übertragungsnetzbetreiber
CIGRE	Internationaler Rat für große elektrische Netze (franz. Conseil International des Grands Réseaux Électriques)
CIR	Color-Infrarot-Bilder
CPT	Drucksondierung
DA	Außendurchmesser
dB	Dezibel (Verhältniszahl)
dB(A)	Schalldruckpegel, Messgröße zur Bestimmung der Stärke von Geräuschpegeln
DB AG	Deutsche Bahn AG
DBBW	Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf
DC	Gleichstrom (engl. direct current)
DC5	direct current 5 / Gleichstrom-Vorhaben 5 nach § 3 BBPIG
DC20	direct current 20 / Gleichstrom-Vorhaben 20 nach § 3 BBPIG
DCA	Verband Güteschutz Horizontalbohrungen e. V. (engl. Drilling Contractors Association)
DDA	Dachverband Deutscher Avifaunisten
DGM	Digitales Geländemodell
DGM10	Digitales Geländemodell, Gitterweite 10 m
DIN	Deutsche Industrie-Norm
DIN EN	Standard für Vereinheitlichung (Deutsches Institut für Normung)
DLG	Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft
DLM	Digitales Landschaftsmodell
DNV	Datennutzungsvereinbarung
DOP	Digitales Orthofoto, entzerrte Luftbilder, die die Landschaft lagerichtig abbilden
DOP20	Digitale Orthofotos mit einer Bodenauflösung von 20 cm
DPH	Schwere Rammsondierung
DRL	Deutscher Rat für Landespflege e. V.
DruckLV	Druckluft

DTK	Digitale Topografische Karte
DTK10	Digitale Topografische Karte, Maßstab 1 : 10.000
DTK25	Digitale Topografische Karte, Maßstab 1 : 25.000
DVGW	Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e. V.
DWA	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.
DWA-A	DWA-Arbeitsblatt
DWA-M	DWA-Merkblatt
EBGEO	Empfehlungen für den Entwurf und die Berechnung von Erdkörpern mit Bewehrung aus Geokunststoffen
EC7	Eurocode 7
EE	Erneuerbare Energien
EFB	Einzelfallbetrachtung
EG	Europäische Gemeinschaft
EG-WRRL	Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik
eiBkA	ernsthaft in Betracht kommende Alternativen
EK	Erdkabel
EKIS	Eingriffs- und Kompensationsinformationssystem Thüringen
EMF	Elektromagnetische Felder
EN	Europäische Norm
EOK	Erdoberkante
EÖT	Erörterungstermin
ET	Eigentümer
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EU-VSG	EU-Vogelschutzgebiet
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZG	Einzugsgebiet
FB WRRL	Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie
FCS	Maßnahme zur Sicherung des Erhaltungszustandes (engl. favorable conservation status)
FCS-Maßnahme	Maßnahme zur Sicherung des Erhaltungszustandes
Fe	Eisen
F + E-Vorhaben	Forschungs- und Entwicklungsvorhaben
FFH	Fauna-Flora-Habitat

FFH-RL	Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat Richtlinie)
FFH-VP-Info	Fachinformationssystem des Bundesamtes für Naturschutz zur FFH-Verträglichkeitsprüfung
FGE	Flussgebietseinheit
FGG	Flussgebietsgemeinschaft
FGSV	Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen
FIS	Fachinformationssystem
FL	Freileitung
FND	Flächennaturdenkmal
FNP	Flächennutzungsplan
fTK	festgelegter Trassenkorridor
GBB	Geotechnische Baubegleitung
GG	Grundgesetz
GGL	GIS-gestützte geomorphologische Landschaftsanalyse
GIS	Geographisches Informationssystem
GLB	Geschützter Landschaftsbestandteil
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GOK	Geländeoberkante
GRK	Geotextilrobustheitsklasse
GTSO	Green Technology Solutions
GÜK	Geologische Übersichtskarte
GÜK200	Geologische Übersichtskarte, Maßstab 1 : 200.000
Gw	Grundwasser
GW	Gigawatt (1.000.000.000 W), Einheit der elektrischen Leistung
GWK	Grundwasserkörper
GWM	Grundwassermessstelle
GWRL	Grundwasserrichtlinie
GZ	Grünlandzahl
Ha	Hektar
HBB	Hydrogeologische Baubegleitung
HBV	Herstellen, Behandeln und Verwenden
HDD	Horizontalspülbohrverfahren (engl. horizontal directional drilling)
HDPE	Hart-Polyethylen (High Density Polyethylen)
HGÜ	Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung

HLUG	Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
HMWB	Heavily Modified Water Body
HNB	Höhere Naturschutzbehörde
HQ	Hochwasserabfluss
HQ5	5-jährliches Hochwasser
HQ10	10-jährliches Hochwasser
HQ100	100-jährliches Hochwasser
Hrsg.	Herausgeber
HV	High Voltage (dt. Hochspannung) vergleiche HVAC / HVDC
HVAC	High Voltage Alternating Current (Hochspannungswechselstrom)
HVDC	High Voltage Direct Current (Hochspannungsgleichstrom)
Hz	Hertz, Einheit für die Frequenz
IBA	wertvolle Gebiete für Vögel (engl. Important Bird Area)
ICNIRP	Internationale Kommission für den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (engl. International Commission on non-ionizing radiation protection)
ISEK	Integriertes Städtisches Entwicklungskonzept
KA5	Bodenkundliche Kartieranleitung (5. Auflage)
KAS	Kabelabschnittsstation
kf-Wert	Durchlässigkeitsbeiwert
KKS	Kathodischer Korrosionsschutz
km	Kilometer
KorFin	Software Anwendung „Korridorfinder“
KPV	Kurzpumpversuch
KRV	Kunststoffrohrverband
KS	Konverter-Suchraum
KSR	Kabelschutzrohr
KÜS	Kabelübergangstation
kV	Kilovolt (1.000 V)
LABO	Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz
LAGA	Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall
LAI	Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz
LANUV	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
LaRA	Programm zur Erfassung der Liegenschaftsdaten (engl. Land Rights Application)
LAWA	Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser

LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
LDBV	Bayerisches Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
LED	Leuchtdiode (engl. Light-emitting diode)
LEK	Landesentwicklungskonzept
LEP	Landesentwicklungsprogramm/Landesentwicklungsplan
LF	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
LfL	Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft
LfU	Bayerisches Landesamt für Umwelt
LIDAR	Methode zur optischen Abstands- und Geschwindigkeitsmessung mit Laserstrahlen (engl. Light detection and ranging)
LIFE	Finanzierungsinstrument der EU für die Umwelt (franz. L'Instrument Financier pour l'Environnement)
LKR	Landkreis
LRT	Lebensraumtyp
LSG	Landschaftsschutzgebiet
LWF	Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft
LWL	Lichtwellenleiter
LWL-ZS	Lichtwellenleiterzwischenstation
m	Meter
MHQ	Mittlerer Hochwasserabfluss
MI-Kabel	Masseimprägniertes Kabel
MLK	Mittellandkanal
MLM	Mindestlichtmaß
mm	Millimeter
MNQ	Mittlerer Niedrigwasserabfluss
MP	Maßnahmenplan
MPa	Megapascal
MQ	Mittelwasserabfluss
MST	Messstelle(n)
mT	Millitesla (Einheit der magnetischen Flussdichte)
MT	Microtunnel
MW	Megawatt
MZB	Makrozoobenthos
Natura 2000	Natura 2000 ist der Name für ein europaweites Netz von nach EU-Recht geschützten besonderen Schutzgebieten. Es umfasst die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach der FFH-Richtlinie sowie die Schutzgebiete nach der Vogelschutzrichtlinie.

ND	Naturdenkmal
NEP	Netzentwicklungsplan
NHN	Normal-Höhen-Null
NI	Niedersachsen
NKT	Kabelhersteller (nkt cables GmbH & Co. KG)
NQ	Niedrigwasserabfluss
NSG	Naturschutzgebiet
NT	Nachrichtentechnik
NVP	Netzverknüpfungspunkt
NWB	Natural Water Body
ÖBB	Ökologische Baubegleitung
ÖBÜ	Örtliche Bauüberwachung
ONB	Obere Naturschutzbehörde
OT	Ortsteil
OWK	Oberflächenwasserkörper
P	Phosphor
P44	Projekt 44 im NEP 2030
PAK	Polycyclische Aromatische Kohlenwasserstoffe
PCI	Vorhaben von gemeinsamem Interesse (engl. projects of common interest)
PE	Polyethylen
PEHD	Polyethylen high density
PE-RT	Polyethylen mit erhöhter Temperaturbeständigkeit (raised temperature resistance)
PF	Planfeststellung
PFA	Planfeststellungsabschnitt
PFV	Planfeststellungsverfahren
PG	Planungsgrundsatz
PL	Planungsleitsatz
PP-HM	Polypropylen hochmodular (mit hoher Steifigkeit)
PSE	Polskie Sieci Elektroenergetyczne SA / polnischer Übertragungsnetzbetreiber
PST	Phasenschiebertransformator
PV-Anlagen	Photovoltaik-Anlagen
QK	Qualitätskomponenten
RAB	Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen
RAS	Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil des technischen Regelwerks im Straßenbau

RAS-LP	Richtlinien für die Anlage von Straßen - Teil: Landschaftspflege
R+I	Rohrleitungs- und Instrumentenfließbild
Ril	Richtlinie
RKS	Rammkernsondierung
RL	Rote Liste
RLS	Richtlinie für den Lärmschutz an Straßen
Rn.	Randnummer
RNV	Regenerative thermische Nachverbrennung
RP	Regionalplan
RPG	Regionale Planungsgemeinschaft
RPV	Regionaler Planungsverband
RVO	Rechtsverordnung
RVS	Raumverträglichkeitsstudie
RWA	Rauchwärme Abzug
RWK	Raumwiderstandsklasse
S	Staatsstraße
SächsGVBl.	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SBK	Selektive Biotopkartierung
SDB	Standard-Datenbogen
SDR	Standard Dimension Ratio; Verhältnis von Außendurchmesser zur Wanddicke
SG	Schutzgut
SiGeKo	Sicherheits- und Gesundheitskoordinator
SKR	Stromleitungskreuzungsrichtlinie
SL	SuedLink
SOL	SuedOstLink
söpB	sonstige öffentliche und private Belange
SPA	EU-Vogelschutzgebiet (engl. Special Protected Area)
SQUID	Supraleitende Quanteninterferenzeinheit (engl. Superconducting quantum interference device)
stA	standardisierte technische Ausführung
StAnz.	Staatsanzeiger
StMUV	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
StVO	Straßenverkehrsordnung
SUP	Strategische Umweltprüfung
SWK	Standgewässer-Wasserkörper
t	Tonnen

T	Tragmast
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
TA Luft	Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft
TBM	Tunnelbohrmaschine
TenneT	TenneT TSO GmbH
TK	Tragketten
TKS	Trassenkorridorsegment
TL Geok E-StB 05	Technische Lieferbedingungen für Geokunststoffe im Erdbau des Straßenbaues
TöB	Träger öffentlicher Belange
TRN	Technische Richtlinien Netze
TWh	Terawattstunde
UBA	Umweltbundesamt
UBB	Umweltbaubegleitung
ÜBK	Übersichtsbodenkarte
UIG-Antrag	Datenanfrage nach dem Umweltinformationsgesetz
UNB	Untere Naturschutzbehörde
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber
UQN	Umweltqualitätsnorm
UQN-RL	Umweltqualitätsnormen-Richtlinie
UR	Untersuchungsraum
ÜSG	Überschwemmungsgebiet
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVP-Bericht	Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens
UWB	Untere Wasserbehörde
UXO	Nicht explodierte Munition (engl. unexploded ordnance)
V	Volt
vAV	Vertiefter Alternativenvergleich
VBK 50	Vorläufige Bodenkarte, Maßstab 1 : 50.000
VDE	Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik
VDI	VDI Verein Deutscher Ingenieure e. V.
VHT	Vorhabenträger
vMGI	Vorhabentypspezifische Mortalitätsgefährdung
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VPE	Vernetzte Polyethylenisolierung
VRG	Vorranggebiet
VSch-Gebiete	Vogelschutzgebiete

VSch-RL	Vogelschutzrichtlinie
VSG	Vogelschutzgebiet
VT	Vorzugstraße
VTK	Vorschlagstraßenkorridor gemäß Unterlagen nach § 8 NABEG
WA	Winkelabspannmast
WE	Winkelendmast
WEA	Windenergieanlage
Web-GIS	Webbasiertes geographisches Informationssystem
WF	Wirkfaktor
WHO	Weltgesundheitsorganisation (engl. World Health Organization)
WKA	Windkraftanlage
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
WSG	Wasserschutzgebiet
WVU	Wasserversorgungsunternehmen
WWA	Wasserwirtschaftsamt
ZenA	Zentrale Artdatenbank
Ziff.	Ziffer
ZTV	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

Gesetze und Verordnungen

6. AVwV	Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm)
12. BImSchV	Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung)
26. BImSchVVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder
26. BImSchV	26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Verordnung über elektromagnetische Felder
32. BImSchV	Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung
AbwV	Abwasserverordnung
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung
AVV Baulärm	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschemissionen
BauGB	Baugesetzbuch
BaustellV	Baustellenverordnung

BayBodSchG	Bayerisches Bodenschutzgesetz
BayDSchG	Bayerisches Denkmalschutzgesetz
BayKompV	Bayerische Kompensationsverordnung
BayNatSchG	Bayerisches Naturschutzgesetz
BayStrWG	Bayerisches Straßen- und Wegegesetz
BayWaldG	Bayerisches Waldgesetz
BayWG	Bayerisches Wassergesetz
BBergG	Bundesberggesetz
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
BBodSchV	Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung
BBPIG	Bundesbedarfsplangesetz
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchV	Bundes-Immissionsschutzverordnung
BKompV	Bundeskompensationsverordnung
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BWaldG	Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz)
DigiNetzG	Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze
DruckLV	Verordnung über Arbeiten in Druckluft
DVoFoVG	Verordnung zur Durchführung des Forstvermehrungsgutgesetzes
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
FoVDV	Forstvermehrungsgut-Durchführungsverordnung
FoVG	Forstvermehrungsgutgesetz
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
GGVSE	Gefahrgutverordnung
GrwV	Grundwasserverordnung
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
OGewV	Oberflächengewässerverordnung
PlfZV	Verordnung über die Zuweisung der Planfeststellung für länderübergreifende und grenzüberschreitende Höchstspannungsleitungen auf die Bundesnetzagentur (Planfeststellungszuweisungsverordnung)
ROG	Raumordnungsgesetz
SchBerG	Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichsgesetz)

TEN-E VO	Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des europäischen Parlaments und des Rates zu Leitlinien für transeuropäische Energieinfrastruktur
TrinkwV	Trinkwasserverordnung
UIG	Umweltinformationsgesetz
USchadG	Gesetz über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (Umweltschadensgesetz)
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VVWas	Verwaltungsvorschrift zum Vollzug des Wasserrechts
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WSG-VO	Wasserschutzgebietsverordnung